

Horst Heitmann

Weltpolizist Obama Anmerkungen zur US-amerikanischen Außenpolitik

Selbst hartgesottene Beobachter der amerikanischen Szene konnten es kaum glauben, als die *New York Times* Ende Mai in einem sehr detaillierten Artikel berichtete, dass der amerikanische Präsident höchstpersönlich die Auswahl trifft, wer von den von der CIA gebrandmarkten al-Qaida oder Taliban Kämpfern von US Drohnen getötet werden soll.¹ Barack Obamas Anwendung modernster Technologie zur Kriegsführung, insbesondere die Einsetzung von Drohnen zum gezielten Töten von vermeintlichen Terroristen, sowie der Cyberangriff auf das iranische Nuklearprogramm, muss als herausragendes Merkmal amerikanischer Außenpolitik in den vergangenen Jahren betrachtet werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in wie weit unter Obama die Außenpolitik seines Vorgängers George W. Bush fortgesetzt wurde. Dieser Artikel befasst sich nicht mit der ganzen Spannbreite amerikanischer Weltpolitik, sondern beschreibt Obamas außenpolitische Praxis am Beispiel von besonders wichtigen Konfliktsituationen seiner ersten Amtszeit.

Oberflächlich betrachtet schien der Amtsantritt Obamas im Januar 2009 ein Neubeginn für die USA zu sein: war doch der frischgewählte Präsident geradezu das Musterexemplar des „anti-Bush“, nämlich klug, liberal, gutaussehend und darüber hinaus auch noch der erste schwarze Machtinhaber im Weißen Haus. Zum Bereich der Außenpolitik konnte man nicht allzu viel über Obama sagen, obwohl er während seiner kurzen Amtszeit als Senator des Bundesstaats Illinois Mitglied des außenpolitischen Ausschusses gewesen war. Aber Obamas Gegnerschaft zum Irakkrieg von Bush und Cheney war natürlich bekannt. Vor dem Hintergrund dieses Desasters, das gegen Ende der Bush Ära von der großen Mehrheit der amerikanischen Wählerschaft abgelehnt wurde, war es geradezu obligatorisch für Obama, seinen Widerspruch zum Irakkrieg („dumb war“) während des Präsidentschaftswahlkampfes beständig zu wiederholen.

1 Die Überschrift des Artikels in der *New York Times* vom 29. Mai 2012 konnte nicht deutlicher sein: „Secret 'Kill List' Proves a Test of Obama's Principles and Will“.

Ein Jahr vor dem amerikanischen Wahlkampf im Jahre 2008 veröffentlichte Obama so etwas wie einen Grundsatzartikel zu seinen außenpolitischen Vorstellungen in der Zeitschrift *Foreign Affairs* (Obama 2007). Als dieser Artikel im Sommer 2007 erschien, rechnete kaum jemand in den USA damit, dass der relativ junge und unerfahrene Senator aus Illinois Hillary Clinton in den Vorwahlen der Demokratischen Partei besiegen würde. Nicht zuletzt deswegen wurde diesem Artikel keine große Beachtung beigemessen. Wie zu erwarten, kritisierte Obama die Politik von Bush in groben Zügen (Irakkrieg, Unilateralismus, Folterpraxis, usw.) und führte eine Liste von „Verbesserungen“ auf, die allerdings nicht über den Tellerrand amerikanischer Außenpolitik hinauswiesen (wie beispielsweise die erklärte Absicht einer „Neubelegung“ des Militärs, die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle, Terrorbekämpfung, usw.). Es muss interessanterweise angemerkt werden, dass Obama auch dem Problem des Klimawandels Beachtung schenkte. Mit seiner wiederholten Betonung einer „common humanity“ und der Notwendigkeit von „partnerships“ schien er sich jedoch von Bush abzusetzen. Gleichzeitig stellte Obama in seinem Artikel aber mehr als einmal klar, dass eine militärische Option bezüglich des iranischen Nuklearprogramms weiterhin auf dem Tisch sei und dass der Terror global bekämpft werden müsse. Der zukünftige US Präsident nahm zwar keinen direkten Bezug auf den von Bush geprägten Begriff vom „global war on terror“, aber Obama stellte den unter Bush häufig herbeizitierten Kriegszustand der USA gegen den Terrorismus nicht infrage. Obama machte kein Hehl daraus, dass er das US Militär einsetzen wollte – vorzugsweise mit einem multilateralen Mandat, aber auch unilateral (Obama 2007: 7).²

1. Eskalation in Afghanistan

Während der Wahlkampagne vor vier Jahren gegen den Republikaner John McCain wiederholte Obama beinahe gebetsmühlenartig, dass unter seiner Präsidentschaft der Krieg in Afghanistan („necessary war“) absolute Priorität haben werde. Gleichzeitig verglich Kandidat Obama regelmäßig die US Kriege in Afghanistan und Irak, wobei man hervorheben muss, dass Obamas Wahlsieg auch wegen seiner Opposition gegen den Irakkrieg zustande kam. Zur Erinnerung: McCain war von Anfang an einer der schärfsten Befürworter der Aggression gegen den Irak gewesen und hatte sogar Bedenken gegenüber dem selbst von Bush befürworteten Truppenabzug, der von Obama nur noch in die Tat umgesetzt

2 Obama schrieb: „I will not hesitate to use force, unilaterally if necessary, to protect the American people or our vital interests whenever we are attacked or immediately threatened.“

werden musste (Mann 2012: 119).³ Im Gegensatz zu McCain (als auch zu Hillary Clinton während des Vorwahlkampfes), thematisierte Obama den Zusammenhang von Afghanistan und Pakistan im Hinblick auf die Bekämpfung von al-Qaida und den Taliban. Bereits in seinem *Foreign Affairs* Artikel hatte Obama die Situationen in Afghanistan und Pakistan als zentrale Front des Krieges gegen al-Qaida bezeichnet (Obama 2007: 9).

Nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt kündigte Obama an, dass die Zahl der US Truppen in Afghanistan um 17.000 erhöht wird. Zu diesem Zeitpunkt, im Februar 2009, befanden sich bereits ca. 38.000 US Soldaten in Afghanistan (Mann 2012: 23). Kurze Zeit später wurde die Truppenstärke nochmals um 4.000 erhöht. Obamas Entscheidungen wurden gefällt, als die von ihm beauftragte Studie („review“) zur amerikanischen Afghanistanpolitik noch nicht fertig gestellt war. Dieser „review“, unter Leitung des ex-CIA Beamten Bruce Riedel, kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Krieg in Afghanistan ‚konzeptionell‘ auf der Grundlage der von General David Petraeus wiederbelebten „counterinsurgency“ Strategie geführt werden sollte. Gegen Ende der Bush Administration war besagter Petraeus zum absoluten Liebling der politischen Klasse in Washington als auch der US Presse geworden. Petraeus war es vor allem gelungen, die Anfang 2007 von Bush angeordnete kurzzeitige Truppenverstärkung im Irak, die weitläufig als „surge“ bekannt wurde, in den USA innenpolitisch als großen Erfolg zu verkaufen und das machte diesen enorm pressegewandten und scheinbar „intellektuellen“ General politisch unantastbar.⁴

Letztendlich war Riedels Studie, die quasi im Eiltempo für Obamas ersten Auftritt bei einem NATO Gipfel (im April 2009) angefertigt wurde, nicht viel mehr als Augenwischerei. Die Empfehlungen der Studie dienten als nachgelieferte Bestätigung für Obamas Wahlkampfretorik zum Thema Afghanistan: die Notwendigkeit einer al-Qaida Bekämpfung in Pakistan wurde hervorgehoben und die Betonung auf „counterinsurgency“ konnte als Legitimation für die bereits vorgenommene Truppenverstärkung dienen. Parallel zur militärischen Seite

3 Es wird häufig übersehen, dass Bush gegen Ende seiner Amtszeit die Grundlage für den Truppenabzugschuf. Im Truppenstationierungsabkommen mit der irakischen Regierung aus dem Jahre 2008 wurde festgelegt, dass die amerikanischen Soldaten Ende 2011 das Land verlassen haben sollten. James Mann (2012) stellt deshalb fest: „...the debate was not over whether to withdraw, but how quickly“. Bereits im Februar 2009 verkündete Obama offiziell den Abzug der US Truppen aus dem Irak, der allerdings erst Ende 2011 komplett vollzogen wurde.

4 In der Zwischenzeit hat Obama David Petraeus zum CIA Chef gemacht. Diese Ernennung kam nicht zuletzt deshalb zustande, weil Petraeus politische Ambitionen nachgesagt wurden und Obama somit einen potentiellen (republikanischen?) Gegenkandidaten „ausschalten“ konnte.

beschloss die Obama Administration einen diplomatischen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich mit der Afghanistan-Pakistan Frage befassen sollte. Mit diesem Job wurde ein enger Vertrauter von Außenministerin Clinton beauftragt: der bekannte Haudegen Richard Holbrooke. Letzterer verstand es umgehend, den afghanischen Präsidenten Karsai gegen die Obama Administration aufzubringen. In neo-kolonialistischer Manier machte Holbrooke kein Geheimnis daraus, eine personelle Alternative zu Karsai für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2009 in Afghanistan zu finden (Eide 2012: 127). Allerdings blieb diese Suche erfolglos, sodass Obama letztendlich gezwungen war, den afghanischen Präsidenten als gegeben hinzunehmen (nach dem 11. September 2001 war Karsai mit Hilfe der Bush Administration für Afghanistans Führungsposition ausgewählt worden, Dobbins 2008).

Der eigentliche „review“ der Obama Administration zur Afghanistanstrategie fand in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 statt und diese regierungsinterne Debatte war für mehrere Monate das beherrschende außenpolitische Thema in den USA⁵. Viele Beobachter hatten bis zu diesem Zeitpunkt geglaubt, dass Obama seine Wahlkampfaussagen zum Krieg in Afghanistan zumindest ein Stück weit revidieren würde. Insbesondere die liberalen Kräfte in der Demokratischen Partei waren gegen eine weitere Eskalation der US-amerikanischen Kriegsführung in diesem Land. Die Debatte dauerte bis in den Spätherbst und war erst abgeschlossen, als Obama seine Entscheidung bekannt gab, die US Truppenstärke in Afghanistan um nochmals 30.000 zu erhöhen.⁶ Gleichzeitig verkündigte der US Präsident in seiner Rede vor der Militärakademie West Point einen politischen Kompromiss, den das Pentagon allerdings abgelehnt hatte. Obama nannte ein Datum für den Beginn des Abzugs: im Juli 2011 sollten die ersten US Soldaten das Land verlassen. Es war ziemlich offensichtlich, dass Obama der liberalen Basis seiner eigenen Partei entgegenkommen musste. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass Obama selbst allmählich Bedenken bekam bezüglich einer ungebremsten „counterinsurgency“ Strategie, die von Petraeus und McChrystal als auch von Verteidigungsminister Gates befürwortet wurde. In den internen Debatten der Regierung hatte sich vor allem Obamas Vize-Präsident Biden gegen diese Stra-

5 Die Afghanistandebatte ist ausführlich beschrieben in Bob Woodwards „Obama’s Wars“ (Woodward 2010).

6 Der neue US Kommandant in Afghanistan, General Stanley McChrystal, hatte 40.000 zusätzliche Soldaten gefordert und seinen diesbezüglichen Bericht der Presse zugespielt (sprich: Bob Woodward), was natürlich als Druckelement des Militärs verstanden wurde und Obama nicht gerade glücklich gemacht haben wird. Auch aus diesem Grund wird es Obama nicht schwer gefallen sein, McChrystal ein Jahr später zu feuern, nachdem die Zeitschrift *Rolling Stone* einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem sich der Kommandant und seine Vertrauten in Kabul mehr als abschätzig über den US Präsidenten äußerten.

ategie ausgesprochen. Anfänglich lagen Obama und Biden scheinbar nicht auf einer Linie. Biden war seit langem als Skeptiker bekannt im Hinblick auf weitere Truppenerhöhungen. Er favorisierte explizit den so genannten „counterterrorism“ Ansatz. Verkürzt ausgedrückt lief Bidens Vorstellung darauf hinaus, in Afghanistan nicht „nation building“ zu betreiben, sondern mittels gezielter Militärschläge, beispielsweise mit Drohnen und militärischen Spezialeinheiten, Militante von al-Qaida und den Taliban zu bekämpfen, sei es in Afghanistan oder Pakistan.

Es war in diesem Zusammenhang wohl eine Ironie der besonderen Art, dass dem amerikanischen Präsidenten im Herbst 2009 der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde – diese Preisverleihung wurde zu einem Zeitpunkt publik gemacht, als Obama und seine Regierungsmitglieder die zukünftige Kriegsstrategie für Afghanistan debattierten. Es sollte demnach nicht allzu überraschend gewesen sein, dass der US Präsident seine Nobelpreisrede in Oslo vor allem zum Anlass nahm, die moralische Rechtmäßigkeit amerikanischer Kriege zu beteuern (Bromwich 2011)⁷.

Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, dass Obama in seinem ersten Amtsjahr durch die Verdreifachung der US Truppenstärke in Afghanistan die dortige Kriegssituation enorm eskalierte. Aber es war von Anfang an eine hegemoniale Illusion, dass das US Militär mittels einer „counterinsurgency“ Strategie die „hearts and minds“ der afghanischen Bevölkerung erobern würde. Inzwischen wurde auf dem NATO Gipfel in Lissabon Ende 2010 beschlossen, dass es 2014 zum kompletten internationalen Truppenabzug kommen soll. Gleichzeitig ist es ein offenes Geheimnis, dass die Obama Administration für die Ära nach 2014 eine gewisse US Militärpräsenz in Afghanistan beibehalten möchte. Bekanntlich war eine solche „Restpräsenz“ vom Pentagon auch für den Irak geplant (zuerst wurde die Zahl 10.000 genannt, später reduzierte sich diese auf 5.000), aber die Regierung in Bagdad lehnte es ab, den Amerikanern die geforderte Strafverfolgungsimunität zu garantieren (Mann 2012: 331). Die Kosten des Afghanistankriegs sind jedenfalls schon jetzt ungeheuer hoch. Angefangen mit tausenden von getöteten Afghanen, sollte auch auf die Zahl der toten US Soldaten hingewiesen werden: in diesem Sommer wurde die Marke von 2.000 überschritten. Zum gleichen Zeitpunkt (August 2012) beliefen sich die monetären Kosten dieses Krieges auf mehr als 560 Mrd. Dollar.⁸ Der Journalist David Sanger geht davon aus, dass der

7 Obamas Nobelpreisrede in Oslo fand nur zehn Tage nach seiner Ansprache über den Afghanistankrieg vor der Militärakademie West Point statt.

8 James Mann behauptet, dass der Irakkrieg annähernd eine Billion (!) Dollar gekostet hat und dass mehr als 4500 US Soldaten im Irak getötet wurden (Mann 2012: 332). Andere Quellen, wie z.B. der „Congressional Research Service“, gehen von mindestens 800 Mrd. Dollar aus, die der Irakkrieg verschlungen hat.

Afghanistankrieg zur Zeit durchschnittlich immer noch eine Milliarde Dollar pro Woche verschlingt und dass dieser Krieg im Jahre 2011 allein 119 Mrd. Dollar gekostet hat (Sanger 2012: 122 + 346).

2. Der Drohnenkrieg

Die vorherrschende Meinung in den USA lässt keinen Zweifel daran, dass die Tötung von al-Qaida Führer Osama bin Laden am 1. Mai letzten Jahres Obamas größter außenpolitischer Erfolg gewesen sei. Ungefähr vier Jahre vor dieser Kommandoaktion des US Militärs hatte der damalige Präsidentschaftskandidat Barack Obama verlauten lassen, dass er durchaus bereit sei auf pakistanischem Boden unilateral mit dem US Militär gegen al-Qaida Militante vorzugehen, vor allem ohne die zuständigen Behörden in Pakistan zu informieren. Obamas Gegenspieler in seiner eigenen Partei kritisierten ihn daraufhin und die Bush Regierung gab bekannt, dass man Pakistans Souveränität nicht verletzen werde. Nur die extrem rechtslastige Meinungsseite des „Wall Street Journal“ sprach ein Lob für Obamas Absichtserklärung aus (Mann 2012: 302). Es ist wohl als Ironie des Präsidentenschicksals zu betrachten, dass Obama Ende April 2011 in der Tat einen solchen Einsatz der Navy Seals befahl und bezeichnenderweise zu dem Ergebnis kam, dass mit dem Tod von bin Laden der Gerechtigkeit genüge getan wurde.⁹ Zum Zeitpunkt der US Militäraktion gegen bin Laden war das Model tödlicher Selbstjustiz bereits ein wesentliches Kennzeichen von Obamas Außenpolitik geworden.

Während die Regierung von George W. Bush in ihrem „Krieg gegen den Terror“ verhältnismäßig bescheiden vorging, was die Anwendung von unbemannten Flugkörpern betrifft, wurde der Einsatz dieser Tötungsmaschinen in den letzten vier Jahren enorm forciert.¹⁰ Unter Obama wurde ein amerikanische Drohnenkrieg entfesselt, der sich nicht allein auf die Taliban oder al-Qaida Ziele in Pakistan beschränkte, sondern auch den Jemen und Somalia erfasste.¹¹ Alle

9 Wörtlich sagte Obama nach der Kommandoaktion am 1. Mai 2011: „...justice has been served“.

10 Gemäß der Statistik des „Bureau of Investigative Journalism“ gab es in Pakistan zwischen 2004 und 2008 insgesamt 52 solcher Drohneneinsätze. Im Zeitraum von 2009 bis Ende August 2012 befahl die Obama-Administration demgegenüber bereits 288 Drohnenanschläge.

11 Unter Bush gab es z.B. im Jemen nur einen Drohnenanschlag, wohingegen es während der Obama Administration dort bereits ca. vierzig solcher Einsätze gegeben hat (Cole 2012: 33).

Drohneinsätze während der Präsidentschaft von Obama haben einen gemeinsamen Nenner: sie unterliegen einer offiziellen Geheimniskrämerei, d.h. es gibt keinerlei offizielle Stellungnahmen nachdem solche Attacken stattgefunden haben.¹² Es ist jedoch weithin bekannt, dass die CIA die meisten dieser Einsätze ausführt, wobei auch private Dienstleister wie beispielsweise das berüchtigte Unternehmen „Blackwater“ (neuerdings unter dem Namen „Xe“ firmierend) eine wesentliche Rolle spielen (Maddow 2012: 188-215). Der regelmäßige Einsatz von US Drohnen hat in Pakistan den bereits vorherrschenden anti-Amerikanismus noch weiter verstärkt. Dass in diesem Zusammenhang die Staatsführung in Pakistan, abgesehen von gelegentlicher Polemik aus innenpolitischen Gründen, nicht aktiv gegen diese US Praxis vorgeht, soll an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden. Es sei nur angemerkt, dass die Obama Administration einen Beschluss des pakistanischen Parlaments vom April dieses Jahres, der alle Drohneinsätze in Pakistan untersagte, ganz einfach ignoriert hat.

Obama und seine Regierungsmitglieder beharren darauf, dass es sich bei den Drohnenattacken um eine „saubere“ Kriegsführung handelt, die so genannte (zivile) Kollateralschäden minimiert, wenn nicht sogar vollkommen ausschließt.¹³ Wie bereits zu Beginn dieses Artikels angedeutet wurde, spielt der amerikanische Präsident selbst eine aktive Rolle bei der Ausübung dieser Drohnenattacken. Ein bekannter amerikanischer Kabarettist hat hierzu angemerkt, dass Bush die Terroristen nach Guantanamo verfrachtete, aber Obama schickt dieselben gleich zu Gott.¹⁴ Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in der US Presse, dass Obama

-
- 12 Während einer on-line Pressekonferenz Anfang des Jahres 2012 schien Obama höchstpersönlich der Geheimhaltungsstrategie seiner Administration zu widersprechen, indem er diese Kriegsführung nicht nur verteidigte, sondern als fokussierte Bekämpfung von aktiven al-Qaida Militanten lobte. Insbesondere widersprach Obama der These, dass Drohnenattacken eine hohe Zahl an Zivilopfern mit sich brächten (Sanger 2012: 251-252).
- 13 Obamas Topberater in Sachen Terrorbekämpfung, ein ex-CIA Beamter namens John Brennan, ging vor einem Jahr sogar soweit, dass er ernsthaft erklärte die Drohnenanschläge würden keinerlei zivile Opfer mit sich bringen. Dieser zynischen Behauptung eines verantwortlichen Mitarbeiters von Obama stehen diverse Untersuchungen von Nichtregierungsorganisationen gegenüber, die zu dem Ergebnis kommen, dass hunderte von Zivilisten getötet worden seien (siehe Obama's Kill List, *The Nation*, 25. Juni 2012). Das „Bureau of Investigative Journalism“ ist eine hervorragende Quelle zu den Drohnenattacken der Amerikaner, aber wirklich präzise Statistiken kann auch diese Organisation nicht liefern. Die Zahl der getöteten Zivilisten in Pakistan wird auf 473-881 geschätzt (für den Zeitraum von 2004 bis August 2012).
- 14 Stephen Colbert wird folgende Aussage zugeschrieben: „rather than sending prisoners to Gitmo, [President Obama] is taking the high road by sending them to their maker.“ (Cole 2012: 32)

mittels Anschauungsmaterial, das Sportkarten nicht unähnlich sei,¹⁵ grünes Licht für einzelne Drohnenattacken gibt, stellte ein wohlmeinender Kommentator die Frage in den Raum: „...whether sweating over kill lists is really proper work for a president[?]“ (Lelyveld 2012: 20).

Die Obama Administration und ihre Unterstützer in der Presse behaupten, dass der Drohnenkrieg, der zweifellos ein Instrument gezielter Tötungen ist, voll und ganz dem amerikanischen Gesetz unterliegt. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass es den US Regierungen seit den 70er Jahre explizit untersagt ist, Attentate zu verüben¹⁶. Die Obama Administration erkennt durchaus an, dass der Drohnenkrieg nichts anderes darstellt als gezieltes Töten, aber man beruft sich kurzerhand auf einen bestehenden Kriegszustand gegen al-Qaida, wobei schlichtweg behauptet wird, dass die Zielscheiben der Drohnenattacken alles Militante von al-Qaida oder der Taliban seien. Darüber hinaus wird immer wieder das Mantra des Präventivszenarios wiederholt: diese Militanten beabsichtigten die USA anzugreifen, was per Drohneneinsatz verhindert werde. Obwohl Obama den Begriff vom „global war on terror“ offiziell ad acta gelegt hat, wird hier auf derselben legal-politischen Ebene operiert wie dies schon die Regierung von George W. Bush getan hatte. Hinsichtlich der „executive order“ der Ford Administration betreiben Obama und seine Berater im Außen- und Justizministerium legalistische Haarspaltereien indem gesagt wird, die Drohnenattacken seien keine Attentate und das gezielte Töten sei ohnehin durch den Kongress autorisiert.¹⁷

Obamas Drohnenkrieg wird von seiner Regierung wie auch vom größten Teil der Presse in den USA durchweg als großer Erfolg angesehen. Glaubt man der vorherrschenden Berichterstattung, dann ist es der Obama Administration gelungen, den Militanten von al-Qaida und den Taliban großen Schaden zuzufügen, ohne dass amerikanisches Personal in Gefahr geriet. Kurzum: ein Orwellsches Szenario des „joystick killing“ ist nicht von der Hand zu weisen. Außerdem ist der Einsatz von Drohnen sehr viel kostengünstiger als die Entsendung von tausenden von Soldaten. Hier kommt das so genannte „light footprint“ Element zum Tragen, das von der Obama Administration bevorzugt wird. Bislang blieb es nicht viel mehr als eine Fußnote in der offiziellen Berichterstattung über Obamas Drohnenkrieg, dass die US-amerikanische Bürgerrechtsorganisation

15 Die US Presse stellte den Vergleich zu Baseball Karten her.

16 Auf Grundlage der Kongressuntersuchungen (Church Ausschuss) in den 70er Jahren, die u.a. die versuchten Attentate der Kennedy Administration auf Fidel Castro enthüllten, hat der damalige Präsident Gerald Ford eine entsprechende „executive order“ erlassen, die bis zum heutigen Tage Gültigkeit hat.

17 Man beruft sich auf einen Kongressbeschluss aus der post 9/11 Ära bezüglich der Terrorbekämpfung, die George W. Bush freie Hand für seinen „global war on terror“ gab.

ACLU Klage gegen die Tötung von US-amerikanischen Staatsbürgern durch US-Drohnenangriffen erhoben hat.¹⁸

3. Iran

Das Ende der Schahdiktatur im Iran vor mehr als dreißig Jahren war für die US-amerikanische Außenpolitik eine Katastrophe. Der Schah war ein enger Verbündeter der USA während des Kalten Krieges, und zwar nicht nur gegenüber der Sowjetunion. In der Region um den Persischen Golf war dem Schah die Funktion einer Ordnungsmacht zugewiesen worden. In dem Zusammenhang muss auch an das vielfältige Beziehungsgeflecht des Irans mit Israel während der Schah Ära erinnert werden (Parsi 2007). Nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran Ende 1979 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab und seit dieser Zeit ist das Verhältnis zwischen den beiden Ländern mehr als unterkühlt. Angefangen mit Washingtons Unterstützung für Saddam Husseins Krieg gegen den Iran im Jahre 1980 ist die Islamische Republik Iran von den USA unaufhörlich als Widersacher gebrandmarkt worden.¹⁹

Die Spannungen zwischen Washington und Teheran werden seit mehreren Jahren von der Existenz des iranischen Nuklearprogramms dominiert. Obama war während des Vorwahlkampfes innerhalb der Demokratischen Partei mit seiner späteren Außenministerin aneinander geraten als er ankündigte, mit der iranischen Führung einen Dialog ohne Vorbedingungen führen zu wollen. Hillary Clinton hatte demgegenüber gedroht, Iran dem Erdboden gleichzumachen, wenn es Israel angreifen würde. Bevor er Präsident wurde, hatte Obama generell betont, dass seine Außenpolitik gegenüber den so genannten Schurkenstaaten auf „engagement“ basieren würde. Seit der Carter Administration hatte es nur sehr vereinzelte direkte Kontakte zwischen Washington und Teheran gegeben.²⁰ Vor diesem Hintergrund könnte man Obamas Absicht, das direkte Gespräch mit der iranischen Führung zu suchen, als durchaus innovativ charakterisieren (die

18 Der bekannteste Fall ist die von Obama bewilligte Tötung von Anwar al-Awlaki im Jemen (Mann 2012: 218).

19 Gleiches gilt selbstredend für die iranische Seite. Der „Große Satan“ USA ist seit der gegen den Schah gerichteten Revolution von 1979 quasi Teil der Bestandsideologie des Regimes in Teheran.

20 Auf multilateraler Ebene gab es vereinzelt direkte Gespräche zwischen amerikanischen und iranischen Diplomaten, insbesondere bezüglich Afghanistan vor und nach dem 11. September 2001, d.h. innerhalb der sogenannten „Sechs-plus-Zwei“ Gruppe, die vom damaligen UN Sonderbeauftragten Brahimi ins Spiel gebracht wurde.

USA waren z.B. während der Bush Administration nicht an den Verhandlungen mit dem Iran über das Nuklearprogramm beteiligt – dies geschah unter Federführung der EU). Zum Zeitpunkt von Obamas Amtsübernahme gab es bereits mehrere vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Sanktionsbeschlüsse gegen den Iran.²¹ Es stellte sich sehr bald heraus, dass Obamas Gesprächsbereitschaft mit Teheran nur sehr halbherzig gemeint war und es vor allem darum ging, den Iran noch weiter zu isolieren.

Als Resultat ihres obligatorischen „review“ Prozesses beschloss die Obama Administration eine duale Politik gegenüber dem Iran zu verfolgen: einerseits wurde der Dialogansatz bestätigt, aber gleichzeitig sollte die Sanktionsschraube angezogen werden.²² Diese Strategie war im Sinne des US-Kongresses und der israelischen Regierung. Letztere machte kein Geheimnis aus ihrer Auffassung, dass sich die USA nur deshalb mit dem Iran an einen Tisch setzen würden, um deutlich zu machen, dass keine diplomatische Lösung für das Nuklearprogramm möglich sei (Parsi 2012: 154). Obamas erklärte Bereitschaft einer Gesprächsaufnahme mit dem Iran reduzierte sich in Windeseile auf die amerikanische Beteiligung an den Verhandlungen mit Teheran über das iranische Nuklearprogramm. Diese Gespräche scheiterten jedoch fast so schnell wie sie begonnen hatten: im Oktober 2009 als der Iran einen Vorschlag der so genannten „Drei-plus-Drei“ Gruppe ablehnte.²³ Seitdem hat es noch einige Gesprächsrunden gegeben, an denen Vertreter des State Departments teilnahmen, aber es wurden keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Seit dem Herbst 2009 konzentrierte sich Obama ausschließlich auf eine Verstärkung der Sanktionen, und zwar im Kontext des UN-Sicherheitsrats²⁴ als

21 Der Sicherheitsrat einigte sich erstmals im Dezember 2006 auf eine Sanktionsresolution gegen den Iran (S/Res./1737, die u.a. jede weitere Urananreicherung untersagte). Iran verurteilte diese und die nachfolgenden Resolutionen.

22 Trita Parsi hat eine sehr detaillierte und kenntnisreiche Studie zu Obamas Iranpolitik veröffentlicht (Parsi 2012).

23 Diese Gruppe, die auch als „Fünf-plus-Eins“ bekannt ist, bestand aus drei EU-Mitgliedern (Frankreich, Großbritannien, Deutschland), sowie Russland, China und den USA. Bei diesem Vorschlag handelte es sich um eine so genannte vertrauensbildende Maßnahme: Verlagerung/Austausch von angereichertem Uran, das nach Russland verschifft werden sollte und über Frankreich in Form von Brennstoff für einen medizinischen Forschungsreaktor in den Iran zurückfließen sollte. Dem Westen war vor allem daran gelegen, eine große Menge an iranischem Uran aus dem Lande heraus zu bekommen.

24 Auf der Ebene des UN-Sicherheitsrats kam es dabei im Mai/Juni 2010 zu großen Spannungen zwischen der Obama Administration einerseits und Brasilien sowie der Türkei andererseits, die einen Kompromissvorschlag mit dem Iran erarbeitet hatten, um weitere UN-Sanktionen zu verhindern. Die Obama Administration ging nicht darauf ein, sodass Brasilien und auch NATO-Mitglied Türkei im Sicherheitsrat gegen diese Resolution stimmten.

auch auf bilateraler Ebene. Man muss insgesamt festhalten, dass es der Obama Administration seitdem gelungen ist, den Iran weitgehend vom internationalen Bankenverkehr abzuschneiden, als auch ein de facto Ölembargo von vielen westlichen Staaten herbeizuführen.²⁵

Führende Vertreter der israelischen Regierung haben in den letzten Jahren beständig Zweifel über die Wirksamkeit von Sanktionen zum Ausdruck gebracht und wiederholt öffentliche Gedankenspiele über Militärschläge gegen den Iran betrieben. Obwohl Obama und andere Mitglieder seiner Regierung bislang vor einem solchen Vorgehen gewarnt haben, ist die so genannte militärische Option von Obama niemals vom Tisch genommen worden. Mit anderen Worten: Obama hat sich nicht vom regelmäßigen Kriegstrommeln der israelischen Seite abgesetzt. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob Israels Ministerpräsident Netanyahu mit seiner Kriegsrhetorik bislang nur bezwecken wollte, dass die USA und die EU Staaten die Sanktionen gegen den Iran noch weiter verstärken. Es ist offensichtlich, dass das von den israelischen Hardlinern forcierte Kriegsieber bislang primär auf die Diskussion in Washington zugeschnitten war. Gleichzeitig wird von der Obama Administration nahezu vollständig unter den Tisch gekehrt, dass die US Geheimdienste vor mehr als fünf Jahren in ihrem „National Intelligence Estimate“ (NIE) festgestellt haben, dass der Iran nicht (mehr) an der Herstellung einer Atombombe arbeite. Diesem NIE Bericht zufolge hatte der Iran bis 2003 versucht, eine Atombombe zu entwickeln, aber seitdem seien diese Bemühungen eingestellt worden.²⁶ Das letztjährige NIE hat die Erkenntnis aus dem Jahre 2007 wiederum bestätigt, aber die Obama Administration ist nicht daran interessiert, diese Einschätzung der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Gegenteil, Obamas Küchenkabinett hat Presseberichten zufolge sogar verhindert, dass der US Präsident Skeptiker seiner Iranstrategie konsultiert (Bromwich 2011). Von der aktiven Ermutigung eines israelischen Militärschlags gegen den Iran durch Mitt Romney und andere Republikaner einmal abgesehen, besteht die große Gefahr, dass Obama in seiner zweiten Amtszeit die Israelis nicht zurückhalten wird. Darüber hinaus wird es immer wahrscheinlicher, dass die Obama Administration selbst zu kriegerischen Mitteln gegen iranische Nuklearanlagen

25 Nicht nur Frankreich und Großbritannien, sondern auch die deutsche Kanzlerin hat diesen Kurs kräftig unterstützt.

26 Als diese Studie im Jahre 2007 aufgrund eines Presselecks bekannt wurde, haben viele politische Beobachter in Washington die Schlussfolgerung gezogen, dass der CIA und andere US Geheimdienstorgane nicht noch einmal wie im Fall des Irak den Vorwand für eine Militäraktion liefern wollten. Bislang ist die 'Erkenntnis', dass der Iran an keiner Atombombe baut, von den nachfolgenden „National Intelligence Estimates“ nicht widerrufen worden. Wenn überhaupt, wird letzteres immer nur beiläufig von der US Presse zur Kenntnis genommen.

greifen könnte. Die vor einigen Monaten bekannt gewordene amerikanisch-israelische Kooperation in Sachen „Cyberkrieg“ gegen den Iran²⁷, könnte man dann wohl als Kinderspiel abhaken. Die in Washington beinahe zur Normalität gewordene Diskussion über Militäraktionen gegen den Iran wird seit geraumer Zeit intensiv betrieben und könnte zur „self-fulfilling-prophecy“ werden. Man muss auch konstatieren, dass es derzeit keine nennenswerte Opposition in der politischen Klasse in den USA gibt, die ein solches militärisches Vorgehen strikt ablehnt.

4. Engagement im Nahen Osten

Wie auch seine unmittelbaren Amtsvorgänger Bush und Clinton, hat sich Obama regelmäßig zu einer Zweistaatenlösung zwischen Israel und den Palästinensern bekannt. Obama ernannte einen diplomatischen Sonderbeauftragten (den ehemalige Senator George Mitchell), um den israelisch-palästinensischen Friedensprozess wiederzubeleben. Mit Hilfe von Obamas Kairo Rede sollte das Verhältnis zur arabischen (und moslemischen) Welt nach den Erfahrungen mit der Bush Administration normalisiert werden. Zu Beginn seiner Amtszeit kam Obama den Palästinensern entgegen indem er auf ein Einfrieren der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland insistierte. Die Hardliner in Israel mussten dies zähneknirschend hinnehmen, aber die Netanjahu Regierung hat nichts unterlassen, Obama innenpolitisch (vor allem über den Kongress) das Leben schwer zu machen. Innerhalb von zwei Jahren waren die Beziehungen zwischen Israel und der palästinensischen Führung in Ramallah auf den Nullpunkt angelangt und George Mitchell war von seinem Amt zurückgetreten. Die Palästinenser sahen im Sommer 2011 keinen anderen Ausweg, als sich bei den Vereinten Nationen um die volle Mitgliedschaft zu bewerben. Die Obama Administration hat diese Absicht mit allen Kräften erfolgreich torpediert und somit erneut bestätigt, dass die USA nicht gewillt sind, notwendigen Druck auf Israel auszuüben, um wirkliche Fortschritte im total festgefahrenen Friedensprozess herbeizuführen. Man muss kein Hellsäher sein, um vorauszusagen, dass sich die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten in absehbarer Zeit wieder in ein Pulverfass verwandeln könnte. Es kann dennoch nicht erwartet werden, dass Obama in seiner zweiten Amtszeit das Steuer herumreißen und eine wirklich kritische Israelpolitik in Angriff nehmen wird.

27 David Sanger beschreibt ausführlich wie Amerikaner und Israelis, bereits während der Bush Regierung versucht haben, dass iranische Atomprogramm durch einen Computerwurm, der als „Stuxnet“ bekannt wurde, zu torpedieren (Sanger 2012: 141-242).

Die Obama Administration spielte letztes Jahr eine herausragende Rolle bei der Gestaltung und Implementierung der westlichen Libyenstrategie, die mit der Verabschiedung von zwei UN Sicherheitsratsresolutionen begann. Daraus sollte man jedoch nicht die (voreilige) Schlussfolgerung ziehen, dass der von der NATO herbeigeführte Sturz des Gaddafi Regimes internationalen Modellcharakter annehmen wird.²⁸ Obamas Verteidigungsminister Gates hatte sich zu Beginn der Libyenkrise noch skeptisch über die Einrichtung einer Flugverbotszone geäußert, die von den Franzosen und Briten gefordert wurde. Obama folgte nicht dem Rat von Gates und es war letztendlich die US Regierung, die im UN Sicherheitsrat eine Resolution durchsetzte, die über die Errichtung einer Flugverbotszone weit hinausging (Mann 2012: 281-301; Sanger 2012: 337-345).²⁹ Der amerikanische Vorschlag „alle notwendigen Mittel“ zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung einzusetzen wurde kurzerhand zum Werkzeug des Regimewechsels. Wie im Kosovo 1999, wurde die NATO in Libyen zwölf Jahre später quasi zur Luftwaffe der Rebellen – im letzteren Fall sogar ausgestattet mit einem UN Mandat. Im Hinblick auf seine westlichen Verbündeten hatte Obama von vornherein darauf bestanden, dass die USA „nur“ eine unterstützende Rolle bei der NATO Aktion spielen würden. Daraufhin begannen Journalisten in den USA über Obamas Ansatz des „leading from behind“ zu spekulieren (Lizza 2011). Dieser Begriff wurde von den Republikanern verachtet und ins Lächerliche gezogen. Die Partei von Bush und Cheney will nicht begreifen, dass amerikanische Ziele nicht notwendigerweise unilateral und mit massiven Militäreinsätzen erreicht werden müssen.

Von Kennern der politischen Szene in Washington wird weithin angenommen, dass die Obama Administration nicht wirklich überrascht war, als es Anfang des Jahres 2011 zu Massendemonstrationen gegen das Mubarak Regime in Ägypten kam. Nachdem sich blitzschnell herausstellte, dass diese Demonstrationen keine Eintagsfliege waren, favorisierte die US-Regierung einen Übergangsprozess in Ägypten, der den Verbleib von Mubarak bis zum Ende seiner Amtszeit explizit einschloss. Über Vize-Präsident Biden und Außenministerin Clinton wurden entsprechende Signale öffentlich weitergegeben. Als es sich dann jedoch innerhalb

28 Beispielsweise hat der blutige Konflikt in Syrien bislang aufgezeigt, wo die Grenzen der von der Obama Administration herbeigeführten Militäraktion zum Zwecke des Regimewechsels liegen. Gaddafi war international völlig isoliert und die libyschen Streitkräfte waren kaum mehr als eine zusammengekaufte Söldnertruppe. Die Situation in Syrien ist demgegenüber sehr viel komplizierter und gefährlicher für ein westliches Eingreifen, sei es auch „nur“ per Luftangriffe wie im Fall von Libyen.

29 Bekanntlich enthielten sich die zwei Vetomächte Russland und China der Stimme, sodass Resolution 1973 angenommen wurde und als Rechtsgrundlage für den NATO Einsatz dienen konnte.

von wenigen Wochen abzeichnete, dass dieses Szenario wenig realistisch war, forderte Obama den ägyptischen Präsidenten zum Rücktritt auf. Von wohlwollenden Obama Anhängern wurde dieser Schritt als Beweis dafür gesehen, dass der US Präsident nicht ausschließlich auf Realpolitik setzte, sondern die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ein wichtiger Bestandteil von Obamas Außenpolitik sei. Diese Interpretation der Dinge übersieht allerdings, dass die Obama Regierung engsten Kontakt zur Militärführung in Ägypten hielt und dadurch den Prozess wesentlich mit beeinflussen konnte (Mann 2012: 255-269). Als es wenige Tage nach dem Abgang von Mubarak im kleinen Inselstaat Bahrain zu Demonstrationen gegen das dortige Herrscherhaus kam, verhielt sich die Obama Administration äußerst vorsichtig und beließ es bei sanfter Kritik nachdem Saudi Arabien und andere Golfstaaten Militäreinheiten nach Bahrain entsandten, um das Regime der al-Khalifa Familie zu schützen. Es sei daran erinnert, dass Bahrain das Hauptquartier der Fünften US Flotte stellt und dass das kleine Land von einer sunnitischen Minderheit beherrscht wird. Obamas angeblicher Wunsch, Freiheit und Demokratie im so genannten Arabischen Frühling zu unterstützen, fand in Bahrain schnell seine Grenzen, die von wohlbekannter amerikanischer Machtpolitik determiniert werden. Es lohnt sich deswegen nicht, über eine mögliche Reaktion der Obama Administration im Falle von Demonstrationen z.B. gegen die Herrschaftsfamilie in Saudi Arabien zu spekulieren. Dass Obama letztes Jahr einige Monate nach Ausbruch der Unruhen in Syrien den Rücktritt von Assad gefordert hat, konnte keine Überraschung sein, handelte es sich doch bei dem syrischen Regime um einen wichtigen Verbündeten Irans und keinen „Freund“ Amerikas. Es sei daran erinnert, dass zu Beginn der Obama Administration die neue Regierung in Washington mit dem Gedanken spielte, per „engagement“ Politik das Syrien von Bashar al-Assad aus seiner Allianz mit dem Iran herauszubrechen (Mann 2012: 277)).

5. Das Gefangenenlager in Guantanamo

Das von der Bush Administration im Januar 2002 eingerichtete Gefangenenlager in Guantanamo hat wesentlich dazu beigetragen, parallel zu den Folterpraktiken in Abu Ghraib und anderswo, den USA einen seit den Kriegsverbrechen in Vietnam nicht mehr dagewesenen „Imageschaden“ zu verpassen.³⁰ Selbst George W. Bush hatte noch während seiner Präsidentschaft verlauten lassen, dass Guantanamo geschlossen werden müsse (natürlich nur das dortige Lager, nicht der

30 Auf die zahllosen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Internierungslager in Guantanamo wird in diesem Artikel nicht weiter eingegangen.

neo-koloniale Stützpunkt auf der kubanischen Insel). Es war demnach keine große Überraschung, dass Obama als eine seiner ersten Amtshandlungen im Januar 2009 per „Executive Order“ verkünden ließ, dass das notorische Gefangenenlager innerhalb eines Jahres geschlossen wird.

Knapp vier Jahre später ist das Internierungslager weiterhin voll und ganz funktionsfähig und scheint unter Obama zu einer neuen Normalität geworden zu sein. Auch die erklärte Absicht der Obama Administration, angeklagte Insassen des Internierungslagers der zivilen US Gerichtsbarkeit zu übergeben, hat sich inzwischen als Makulatur erwiesen: Militärkommissionen sind nach wie vor damit beschäftigt diesen Skandal in der Karibik mit einem juristischen Deckmantel zu versehen. Die Schließung von Guantanamo ist bereits im ersten Amtsjahr von Obama im Sande verlaufen, weil der US Präsident nicht den politischen Mut hatte, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. Gegen den enormen innenpolitischen Widerstand im Kongress, vor allem auch in seiner eigenen Partei, beließ es Obama bei Absichtserklärungen, die er u.a. auch in seiner vielgepriesenen Kairo Rede wiederholte. Obama war nicht bereit, politisches Kapital für eine Sache zu opfern, die scheinbar nur noch das „Ausland“ und amerikanische Menschenrechtsorganisationen zu interessieren schien. Das Weiterbestehen von Guantanamo kann auch als sichtbares Zeichen der Kontinuität von George W. Bush zu Barack Obama gewertet werden. Diese Kontinuität wurde Ende 2011 durch Obamas Bewilligung der „National Defence Authorization Act“ noch fester besiegelt: dieses Gesetz, das primär grünes Licht gibt für die Haushaltsfinanzierung des Pentagons, legalisierte das Festsetzen von Terrorverdächtigen ohne entsprechendes Gerichtsverfahren und deren zeitlich unbegrenzte Inhaftierung durch das US Militär.³¹ Nach Obamas Unterschrift meinte der Direktor der ACLU, dass Obama für immer als der Präsident bekannt sein werde, der (zeitlich) unbeschränkte Festnahmen ohne Anklagen oder Gerichtsverfahren gesetzlich festgeschrieben hat.³² Guantanamo ist nicht das einzige Gefangenenlager, das Obama von der Bush Administration übernahm und das nach wie vor besteht: so sind z.B. im Lager Bagram (Afghanistan) weiterhin hunderte von so genannten „enemy combatants“ interniert, die keinerlei Zugriff auf ein ordentliches Gerichtsverfahren haben.

31 Zu Guantanamo siehe u.a.: Die Zeit vom 12. Januar 2012 („Obamas Schande“); oder „The New York Review of Books“, 9. Juni 2011 (Cole 2011).

32 Siehe die Polemik von Alexander Cockburn („The Man Who Shot Habeas Corpus“). In: „The Nation“, 23. Januar 2012

6. Fazit

Als der Präsidentschaftskandidat Barack Obama im Sommer 2008 vor 200.000 Zuhörern in Berlin (!) eine Wahlkampfreda hielt, schien die Erwartungshaltung, auch in Deutschland, für die Ära nach Bush unermesslich hoch zu sein. Nicht nur die liberale Öffentlichkeit in den USA hatte die hegemoniale Arroganz der Bush Administration satt („you are either with us, or against us“). Die Sehnsucht nach einem „besseren“ Amerika war wohl auch der wesentlich Grund für die Friedensnobelpreisvergabe an den neu-gewählten US Präsidenten im Herbst 2009. Vier Jahre später muss jedoch festgehalten werden, dass Obama die Außenpolitik seines unmittelbaren Vorgängers im wesentlichen fortgeführt hat. Letzteres gilt an erster Stelle für die sogenannte Terrorismusbekämpfung. Zwar hatte Obama gleich zu Beginn seiner Amtszeit dafür Sorge getragen, dass der Begriff „global war on terror“ nicht mehr verwendet wird, aber mit seiner Eskalation in Afghanistan und dem verstärkt durchgeführten Drohneneinsatz auf verschiedenen Kontinenten ist Obamas Anti-Terror Politik sogar als aggressiver einzustufen als die seines Vorgängers. Es sollte nicht vergessen werden, dass Folterpraktiken wie zum Beispiel das berüchtigte „water boarding“ schon unter Bush eingestellt wurden. Vor allem der Drohnenkrieg steht stellvertretend für die imperial aggressive Außenpolitik unter Obama: der US Präsident fungiert als Richter und Henker zugleich, wobei hunderte von zivilen Todesopfern, darunter viele Kinder, zu beklagen sind. Es ist davon auszugehen, dass das Internierungslager in Guantanamo auch innerhalb der kommenden vier Jahre nicht geschlossen sein wird.

Konservative Kritiker in Washington haben Obama wiederholt vorgeworfen, den Niedergang Amerikas zu betreiben, indem er bewusst eine Außenpolitik verfolge, die die USA als weniger arrogant und hegemonistisch erscheinen lässt. Diese neo-konservativen Ideologen wollen nicht wahrhaben, dass gerade der Unilateralismus von Bush, Cheney und Rumsfeld zu einem tendenziellen Verlust an Einfluss der USA geführt hat.³³ Demgegenüber hat es Obama relativ geschickt verstanden, und hier muss man eine Differenz zu George W. Bush ansiedeln, seine Außenpolitik zum großen Teil multilateral einzubetten, beispielsweise in den Fällen von Iran oder Libyen. Gleichzeitig haben Obama und seine Mitstreiter alles dafür getan, dass er und seine Regierung von den Republikanern im diesjährigen Wahlkampf nicht als außenpolitische Schwächlinge kritisiert werden konnte. Die diversen Presselecks im Frühjahr dieses Jahres über Obamas Rolle

33 Ein gutes Beispiel für diesen Verlust an Einfluss ist nach wie vor die Position der Bush Administration im UN Sicherheitsrat in den Monaten vor dem Irakkrieg Ende 2002/Anfang 2003. Washington wusste, dass es keinerlei Stimmenmehrheit für den geplanten Krieg bekommen würde (abgesehen von den zu erwartenden Vetos der Franzosen, Russen und Chinesen).

im Drohnenkrieg oder über den US-amerikanisch/israelischen Cyberkrieg gegen den Iran haben ein Bild entstehen lassen, das in der Tat einen äußerst aggressiven US Präsidenten darstellt. Romney und anderen republikanischen Politikern kam somit eine altbewährte Taktik der Republikaner abhanden, nämlich die Demokratische Partei als nicht zuverlässig oder schwach in Fragen der so genannten „Nationalen Sicherheit“ anzuprangern. Es ist nicht zu erwarten, dass Obama in den kommenden vier Jahren wesentliche Kursveränderungen in der amerikanischen Außenpolitik herbeiführen wird. Im Gegenteil, man muss davon ausgehen, dass Obamas imperiale Politik, zum Beispiel gegenüber dem Iran oder bezüglich der Konfliktfelder im Nahen Osten, einschließlich der gefährlichen Situation in Syrien, unverändert fortgesetzt wird. In Anbetracht der amerikanischen Haltung gegenüber dem iranischen Nuklearprogramm ist deshalb zu befürchten, dass es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem Iran kommen wird. Ein solches Szenario hätte unabsehbare Folgen, die sich wohl kaum auf die Region des Persischen Golfs beschränken würden.

Literatur

- Bromwich, David (2011): Obama: His Words & Deeds. In: *The New York Review of Books*, 14. Juli.
- Cole, David (2011): Guantanamo: The New Challenge to Obama. In: *The New York Review of Books*, 9. Juni.
- (2012): Obama and Terror: The Hovering Questions. In: *The New York Review of Books*, 12. Juli.
- Dobbins, James (2008): *After the Taliban. Nation-Building in Afghanistan*. Potomac Books, Washington DC.
- Eide, Kai (2012): *Power Struggle over Afghanistan. An inside Look at what went wrong – and what we can do to repair the damage*. Skyhorse Publishing, New York.
- Indyk, Martin S.; Lieberthal, Kenneth G.; O’Hanlon, Michael (2012): *Bending History. Barack Obama’s Foreign Policy*. Brookings, Washington DC.
- Lelyveld, Joseph (2012): Obama Abroad: The Report Card. In: *The New York Review of Books*, 16. August.
- Lizza, Brian (2012): The Second Term. What if Obama wins? In: *The New Yorker*, 18. Juni.
- (2011): The Consequentialist. In: *The New Yorker*, 2. Mai.
- Maddow, Rachel (2012): *Drift. The Unmooring of American Military Power*. Crown Publishers, New York.
- Mann, James (2012): *The Obamians. The Struggle inside the White House to Redefine American Power*. Viking, New York.
- Obama, Barack (2007): Renewing American Leadership. In: *Foreign Affairs*, July/August.
- Parsi, Trita (2007): *Treacherous Alliance. The Secret Dealings of Israel, Iran, and the U.S.* Yale University Press, New Haven and London.
- (2012): *Single Roll of the Dice. Obama’s Diplomacy with Iran*. Yale University Press, New Haven and London.
- Remnick, David (2011): Behind the Curtain. In: *The New Yorker*, 5. September.
- Sanger, David (2012): *Confront and Conceal. Obama’s Secret Wars and Surprising Use of American Power*. Crown Publishers, New York.
- Woodward, Bob (2010): *Obama’s Wars*. Simon and Schuster, New York.